



Signale der Entschlossenheit

Die Streiks und Proteste der Ärzteschaft sind weiter steigerungsfähig.

In der ganzen Republik fanden im März und April Streiks an Unikliniken und Landeskrankenhäusern statt, allein am 11. April beteiligten sich rund 12.000 Kolleginnen und Kollegen, davon 6.000 an der Großdemonstration in Köln. Die nächste zentrale Kundgebung der Universitätsärzte wurde für den 19. April in Leipzig angesetzt.

Über 30.000 vor allem niedergelassene Ärztinnen und Ärzte demonstrierten am 24. März in der Bundeshauptstadt. Ein weiteres Signal der Entschlossenheit wird von der nächsten großen Demonstration am 19. Mai in Berlin ausgehen, zu der die freien Verbände eingeladen haben (siehe auch „Thema“ Seite 10).

Der Vorstand der Ärztekammer Nordrhein hat alle Kammermitglieder sowie Bürger und Patienten zur Teilnahme aufgerufen. Während der Verhandlungen der Regierungskoalition über die nächste Gesundheitsreform gilt es, weiter öffentlich Druck zu machen.

Wir wollen nicht länger hoch qualifizierte Leistungen zu Dumpingpreisen erbringen müssen. Wir wollen nicht länger als Erfüllungsgehilfen staatlicher Rationierung missbraucht werden. Wir wollen endlich wieder Ärzte sein und unsere Patienten mit guter Medizin versorgen.

Verbürokratisierung ärztlicher Behandlungsabläufe und Dokumentationswahn der Krankenkassen sind heute bestimmende Faktoren im ärztlichen Alltag. Auch das kann so nicht weitergehen.

Wir lassen uns nicht mehr am ethischen Nasenring durch die gesundheitspolitische Arena führen. Bei allen Aktionen ist immer die ärztliche Notfallversorgung garantiert. Da müssen wir uns nichts vorwerfen lassen. Ganz im Gegenteil: Darauf können wir stolz sein. Auf dieser Basis können wir mit der gleichen Leidenschaft, mit der wir für eine gute Patientenversorgung streiten, auch für unsere eigene Sache kämpfen.

Wenn jetzt schon Medizinstudenten im 3. Semester anfangen, Norwegisch zu lernen, wenn ältere Ärzte vor Erreichen der Altersgrenze aufgeben, wenn Krankenhausärzte zu Recht unbezahlte Marathondienste verweigern, wenn niedergelassene Ärzte nicht mehr drei bis vier Wochen im Quartal kostenfrei für die Krankenkassen arbeiten wollen – dann ist das Ergebnis einer jahrelangen Anti-Ärzte-Politik.

Es darf nicht sein, dass für die Defizite in unserem Gesundheitssystem immer und immer wieder wir Ärztinnen und Ärzte verantwortlich gemacht werden. Politik, Krankenkassen und Arbeitgeber ignorieren schlichtweg, dass wir es doch sind, die erst durch millionenfach unbezahlte Mehrarbeit den Betrieb in der stationären wie der ambulanten Versorgung auf hohem Niveau halten.

Die Bürger müssen wissen, was Sache ist. Die Patienten müssen erfahren, was in Zukunft noch bezahlt wird. Und den Ärztinnen und Ärzten in diesem Land muss man sagen, ob sie endlich die Anerkennung für ihre Leistungen erhalten, die sie verdienen.

Mit Lippenbekenntnissen werden wir uns nicht abspeisen lassen. Niemand soll darauf hoffen, dass Streiks und Proteste nicht noch steigerungsfähig sind.

Ein „Weiter so“ kann es weder für die Krankenhausärzte noch für die niedergelassenen Ärzte geben.

*Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe
Präsident der
Ärztekammer Nordrhein
und der Bundesärztekammer*